



Aktueller Begriff

Gesundheitsreform in den USA

Am 23. März 2010 unterzeichnete der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, den „*Patient Protection and Affordable Care Act*“ - ein Gesetz, welches die grundlegende Reform des amerikanischen Gesundheitssystems vorsieht. Die Gesundheitsreform war am 21. März 2010 durch das mehrheitlich demokratisch besetzte Repräsentantenhaus mit 219 zu 212 Stimmen verabschiedet worden. Erstmals in der Geschichte der USA stimmte nicht ein einziger Abgeordneter der Opposition (Republikanische Partei) der Reform zu. Zuvor waren jahrzehntelang die Versuche amerikanischer Präsidenten gescheitert, das Gesundheitssystem der USA zu reformieren.

Vor der Reform -

Das Gesundheitssystem in den USA ist eines der teuersten der Welt. Bislang fallen hierfür jährlich Kosten in Höhe von ca. 18 % des Bruttoinlandsproduktes an. Trotzdem leben ca. 46 Millionen Bürger der USA und somit etwa 15 % der Bevölkerung ohne Krankenversicherungsschutz. In den USA gab es bislang keinen allgemeinen Versicherungsschutz. Viele US-Amerikaner sind zwar über ihre Arbeitgeber versichert; doch waren diese bisher nicht gesetzlich dazu verpflichtet, ihren Arbeitnehmern eine Krankenversicherung anzubieten. Nur sehr wenige US-Amerikaner besitzen eine selbst finanzierte private Krankenversicherung. Hinzu kommt, dass selbst die krankenversicherten Bürger häufig unterversichert sind. Versicherungsleistungen und Prämien richten sich häufig nach dem Gesundheitszustand des Versicherungsnehmers. Darüber hinaus war es den Krankenversicherungen bisher erlaubt, Versicherungsnehmern zu kündigen, wenn diese erkrankten und den Versicherungen die Behandlung zu teuer war. Um jedenfalls eine gewisse Verbesserung durchzusetzen, wurden seit dem Jahre 1965 im Rahmen des „*Social Security Act of 1965*“ zwei staatlich finanzierte Krankenversicherungsprogramme eingeführt: Mit dem Programm „*Medicare*“ werden Menschen ab dem 65. Lebensjahr, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die an einem akuten Nierenversagen leiden, unterstützt. Das Programm „*Medicaid*“ schuf man für Personen mit geringem Einkommen und für andere Bedürftige.

und nach der Reform

Durch den „*Patient Protection and Affordable Care Act*“ erhält nunmehr jeder US-Amerikaner schrittweise Zugang zu einer Krankenversicherung. Bis 2019 sollen nach Berechnungen des unabhängigen „*Congressional Budget Office*“ 32 Millionen US-Amerikaner zusätzlich abgesichert sein, so dass in Zukunft fast 95 % der Bevölkerung Krankenversicherungsschutz genießen. Illegale Einwanderer sind von den neuen Regelungen allerdings ausdrücklich ausgenommen. Ab 2014 wird eine Grundversicherung für jeden Bürger Pflicht; Nichtversicherten droht dann eine Strafe in Höhe von bis zu 2,5 % ihres Einkommens. Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten wer-

Nr. 41/10 (11. Juni 2010)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

den zudem ab dem Jahr 2014 dazu verpflichtet, ihren Mitarbeitern eine Krankenversicherung anzubieten; anderenfalls werden sie mit einer Strafe in Höhe von 2.000 Dollar pro Mitarbeiter belegt. Kleinere Unternehmen und einkommensschwache Haushalte erhalten eine staatliche Beihilfe, um eine Krankenversicherung anbieten bzw. abschließen zu können. Darüber hinaus wird das „Medicaid“-Programm auf eine noch größere Anzahl von Bürgern ausgedehnt. Die verbliebenen nicht versicherten Personen können auf einem regulierten Markt Versicherungsschutz erwerben. Die Versicherungen müssen dann jeden Kunden unabhängig von seinen Vorerkrankungen aufnehmen; sie dürfen im Krankheitsfall weder höhere Beiträge verlangen noch die Versicherungsmitgliedschaft kündigen. Auf die Einführung einer öffentlichen Krankenkasse in Konkurrenz zu den privaten Anbietern wurde jedoch nach langer Debatte verzichtet.

Die Gesundheitsreform wird den Staat nach Schätzungen des „Congressional Budget Office“ in den nächsten 10 Jahren 940 Milliarden Dollar kosten. Finanziert werden sollen die Maßnahmen zum einen durch die Reduzierung der Ausgaben im „Medicare“-Programm und zum anderen durch Steuererhöhungen für Besserverdienende. Darüber hinaus werden besonders teure Krankenversicherungsverträge mit einer Steuer belegt. Zukünftige Strafzahlungen von Nichtversicherten und Unternehmen sind im Finanzierungsplan bereits berücksichtigt worden. Das Staatsdefizit der USA soll durch die Reform bis zum Jahr 2020 um 138 Milliarden Dollar gesenkt werden.

Kritik

Einigen Kritikern geht die Gesundheitsreform noch nicht weit genug. Von anderer Seite werden hingegen die hohen Kosten bemängelt, welche die Reform mit sich bringe. Zudem verstoße ein Versicherungszwang gegen das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen. 14 Bundesstaaten haben mit der Begründung, dass die Gesundheitsreform gegen die Verfassung verstoße, Klage gegen die Regierung erhoben.

Ausblick

Im November 2010 finden in den USA Kongresswahlen statt. Da die Bevölkerung der Gesundheitsreform aktuell eher skeptisch gegenübersteht und sie die positiven Wirkungen der Reform erst in einigen Jahren spüren wird, könnte die Demokratische Partei bei den anstehenden Wahlen Verluste erleiden. Die Republikaner könnten dann die Reform mit einer Mehrheit im Kongress wieder rückgängig machen. Der Präsident hat in den USA jedoch für den Fall, dass er mit Gesetzesvorhaben nicht übereinstimmt, ein Vetorecht. Ein solches Veto kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des Kongresses zurückgewiesen werden.

Quellen:

- Timothy Stoltzfus Jost, „Krankes Gesundheitssystem“ (10.10.2008), abrufbar unter: http://www.bpb.de/themen/ATIP7S,0,Krankes_Gesundheitssystem.html (Stand dieser und aller weiteren Online-Quellen: 18.05.2010)
- Nikolaus Piper, „Obamacare – das Jahrhundertprojekt“, Süddeutsche Zeitung, 14.04.2010, S. 19.
- Norbert Kuls/Roland Lindner, „Eine verdammt große Reform“, FAZ, 27.03.2010, S. 13.
- „Obama droht eine Klagewelle nach Unterzeichnung“ (23.03.2010), abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article6891434/Obama-droht-eine-Klagewelle-nach-Unterzeichnung.html>
- Patrick Welter, „Was die Gesundheitsreform für Amerika bedeutet“ (23.03.2010), abrufbar unter: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EFC478109AFF649E0B5364DAFFFA5504~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- Peter Gruber, „Wer soll das bezahlen?“, Focus, 29.03.2010, S. 144 f.